



Dokumentation der Transferwerkstatt
„Kooperation in Stadt- und Ortsteilzentren“

25./26. November 2009, Kassel

Gemeindesaal der Evangelisch-freikirchlichen Gemeinde Kassel-West



Am 25. und 26. November 2009 fand in Kassel die erste Transferwerkstatt der Bundestransferstelle „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ statt. Die Veranstaltung, die mit ca. 80 Teilnehmern aus Bund, Ländern und Programmkommunen sehr gut besucht war, stand unter dem Gesamtmotto „Kooperation in Stadt- und Ortsteilzentren“. Dabei ging es sowohl um Kooperationsansätze, die dazu geeignet sind, die Vielfalt und Nutzungsmischung der Zentren zu befördern, als auch um akteursorientierte Ansätze, die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit aufzeigen. Einen Schwerpunkt bildete die Diskussion erster Erfahrungen mit Verfügungsfonds als Instrument zur Aktivierung privater Investitionen.



Der erste Veranstaltungstag wurde eröffnet durch den Stadtbaurat der gastgebenden Stadt Kassel, **Norbert Witte**, und den Referatsleiter für Grundsatzangelegenheiten der Städtebauförderung im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, **Dr. Jochen Lang**. Die Gesamtmoderation der Veranstaltung übernahm **Dr. Werner Klinge** vom Institut für Städtebau der DASL / Büro Plan und Praxis GbR, Berlin.

Im Einführungsvortrag erläuterte **Mechthild Renner** vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung in Bonn das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ und den Verfügungsfonds. Sie stellte die Bedeutung der Zentrenentwicklung heraus und erläuterte den Rahmen für die Programmumsetzung. Facetten kooperativer Zentrenentwicklung wurden skizziert. Aus der Perspektive des Bundes stellte sie Ziele und Rahmenbedingungen des Verfügungsfonds als Anreizinstrument zur Einbindung privater Akteure vor.

Anschließend stellte **Christoph Haller** von der Bundestransferstelle „Aktive Zentren“ kurz den geplanten Veranstaltungsablauf vor und informierte die Teilnehmer über das Aufgabenverständnis der Bundestransferstelle. Er stellte zudem erste Auswertungsergebnisse aus der bisherigen Umsetzungspraxis des Programms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ vor:

- Das Programm umfasst im Jahr 2009 insgesamt 211 Kommunen mit 240 Fördergebieten,
- Über die Hälfte der Programmkommunen sind Kleinstädte und Landgemeinden mit weniger als 25.000 Einwohnern,
- Ca. 85 % der Fördergebiete sind „klassische Stadtzentren“ (Innenstädte bzw. Ortskerne), nur ein geringer Teil der Fördermaßnahmen ist in Stadtteil- oder Ortsteilzentren lokalisiert,
- Bislang wurde in 30 der 240 Fördergebiete (12,5 %) ein Verfügungsfonds eingerichtet; in weiteren 20 Fördergebieten ist die Einrichtung geplant – Schwerpunkt der Umsetzung von Verfügungsfonds ist der Freistaat Bayern.



Im anschließenden Vortrag stellte **Karin Jasch** vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung das Programm „Aktive Kernbereiche Hessen“ sowie erste Praxisbeispiele von Kooperation in der Zentrumsentwicklung vor. Sie betonte, dass das hessische Zentrenprogramm von anderen Initiativen ähnlicher Zielsetzung flankiert werde und nannte dabei vor allem die Innenstadt-Offensive „Ab in die Mitte!“ sowie das Gesetz zur Stärkung innerstädtischer Geschäftsquartiere (INGE).



Die Auswahl der hessischen Fördergebiete für das Zentrenprogramm (es handelt sich dabei um 15 Einzelstandorte und zwei interkommunale Kooperationen mit insgesamt fünf Kommunen) erfolgte im Rahmen eines wettbewerbsähnlichen Verfahrens und wurde durch einen interdisziplinär besetzten Fachausschuss vorgenommen, der das Programm auch weiterhin laufend begleitet.

Das hessische Programm versteht sich als Gemeinschaftsinitiative mit dem Ziel des Aufbaus sog. ‚lokaler Partnerschaften‘ und mit einem integrierten Ansatz durch wechselseitige Stärkung aller zentrenrelevanten Funktionen. In allen Programmgebieten wird ein Kernbereichsmanagement mit einem zentralen ‚Kümmerer‘ eingerichtet, der die Programmumsetzung vor Ort sicherstellt sowie die Aktivitäten der lokalen Partnerschaften bündelt und koordiniert. Optional kann darüber hinaus auch ein Citymanagement eingerichtet werden, um die lokale Wirtschaft zu unterstützen.

Anhand verschiedener Umsetzungsbeispiele erläuterte Frau Jasch die unterschiedlichen Ebenen der Kooperation im hessischen Zentrenprogramm. Auf der lokalen Ebene geht es vor allem darum, eine größtmögliche Akteursvielfalt in den lokalen Partnerschaften zu gewährleisten und die Kompetenzen dieses Gremiums zu regeln. Auf Landesebene sorgen der programmbegleitende Fachausschuss (Zusammensetzung: kommunale Spitzenverbände, Kammern, ausgewählte Vertreter der Wissenschaft, Interessensverbände aus Bereichen Wohnen und Einzelhandel) sowie die Unterstützung des Netzwerkes der Programmkommunen durch das ‚Kompetenzzentrum Aktive Kernbereiche‘ bei der Hessen-Agentur für die Kooperation der Akteure und geben Hinweise und Anregungen für die Weiterentwicklung des Programms.

Zur Begleitung und Unterstützung der Programmkommunen hat das Land Leitlinien zur Umsetzung des Programms definiert, die fortgeschrieben werden.

In einem ersten Podiumsgespräch gaben Vertreter aus zwei Programmkommunen mit sehr unterschiedlichen Ausgangskonstellationen hinsichtlich der demografischen und ökonomischen Rahmenbedingungen für die künftige Zentrenentwicklung Einblicke in ihre Vorgehensweise bei der Umsetzung des Zentrenprogramms.

Claudia Takla Zehrfeld vom Team Stadtplanung der Stadt Norderstedt stellte das Förderprojekt ‚Schmuggelstieg‘ der Stadt Norderstedt vor. Die Besonderheit dieses Fördergebietes besteht darin, dass es bislang bundesweit das einzige Fördergebiet ist, in dem sich die Städtebauförderung mit einem formell beschlossenen BID (in Schleswig-Holstein als ‚PACT‘ bezeichnet) überschneidet. Dies führt dazu, dass derzeit neben den PACT-bezogenen verpflichtenden Umlagen der Grundstückseigentümer (die schwerpunktmäßig der Finanzierung eines Quartiersmanagements dienen) über weitere (freiwillige) Umlagen nachgedacht wird. Als Herausforderung zeigt sich dabei, dass die Gebietsgrenzen des PACT-Gebietes und des Fördergebietes im Zentrenprogramm sich nur teilweise überschneiden (das Fördergebiet ist deutlich größer als der PACT-Bereich). Hier ist somit eine stetige Überzeugungsarbeit gefragt, um den Eigentümern im PACT-Gebiet zu verdeutlichen, dass auch die Aufwertung der angrenzenden Areale für sie einen Gewinn darstellen kann.



Arne Schuldt, Bürgermeister der Stadt Güstrow, stellte dar, dass das Zentrenprogramm bei der Förderung der Innenentwicklung in seiner Stadt einer von vielen Bausteinen im Rahmen einer insgesamt auf die historische Innenstadt gerichteten Förderpolitik sei. In Güstrow wird das baukulturell wertvolle Ensemble der Innenstadt aus insgesamt vier unterschiedlichen Programmen der Städtebauförderung gespeist. Eine solche Bündelung von Städtebaufördermitteln, die aufgrund landesspezifischer Förderrichtlinien andernorts meist nicht möglich ist, ermögliche ein sehr hohes Tempo und eine qualitativ hochwertige Umsetzung bei der Stadtsanierung. Gleichwohl sei in Güstrow, aufgrund des desolaten Zustandes der Altstadt nach Ende der DDR-Zeit, noch ein gewisser Nachholbedarf bei der Sanierung und Aufwertung der Altstadt zu konstatieren. Hier sei durchaus auch denkbar, die privaten Akteure (z.B. durch Einrichtung eines Verfügungsfonds) noch stärker einzubeziehen.

Beide Referenten betonten, dass es bei der Ansprache der lokalen Akteure von Vorteil sei, wenn auf bestehende Netzwerke zurückgegriffen werden könne und wenn die Verwaltungsspitze die Zentrenentwicklung zur ‚Chefsache‘ erkläre.

Auch die weiteren Vorträge des Nachmittages beschäftigten sich mit der konkreten Umsetzung des Zentrenprogramms. So berichtete **Christine Schweiger** von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern von den Erkenntnissen aus dem Modellvorhaben „Leben findet Innenstadt“. Sie nahm dabei insbesondere Bezug auf positive Erfahrung mit öffentlich-privaten Fonds, die im Rahmen dieses Modellprojekts als ‚Quartiersfonds‘ eingeführt worden waren.

In den zehn Modellkommunen, die bei „Leben findet Innenstadt“ einbezogen waren, wurde mit Quartierfonds eine privat-öffentliche Mischfinanzierung für Projektmanagement,



Projektbüros, Öffentlichkeitsarbeit, städtebauliche Planungen, Qualifizierung in Wirtschaft und Einzelhandel, Veranstaltungen (z.B. Feste, Märkte) und Marketingaktivitäten erprobt.

Anhand von Beispielen aus den Städten Passau, Fürstenfeldbruck, Marktoberdorf und Kempten zeigte Frau Schweiger auf, wie die Fonds im konkreten Einzelfall strukturiert waren und in welchem Umfang sowie für welche Zwecke die Mittel jeweils eingeworben werden konnten.

Thomas Beese vom Stadtplanungsamt Bamberg stellte im Anschluss das Projekt im Bamberger Stadtteil „Sand“ vor. Das Projekt startete bereits im Jahr 2005 mit einer Ideensammlung zu Handlungsfeldern und Maßnahmen, die in öffentlich-privater Kooperation umgesetzt werden können. Im Jahr 2006 wurde die Interessengemeinschaft „interesSAND...“ als nicht-eingetragener Verein mit öffentlich-privatem Vorstand als Träger für ein Straßenmanagement gegründet. Das Straßenmanagement wird durch Mitgliedsbeiträge von 360,- € pro Jahr von privaten Akteuren des Quartiers mitfinanziert (und bis heute weitergeführt). Als weitere Aktivitäten wurden Kunstprojekte im öffentlichen Raum, ein Lichtmasterplan und diverse Marketing-Aktivitäten der lokalen Gewerbetreibenden umgesetzt. Unterstützt wurden diese Aktivitäten durch ein spezielles Kreditprogramm der Bamberger Sparkasse für Investitionen im Quartier. Diese Aktivitäten sind in eine aufwändige, öffentlich finanzierte Umgestaltung des Straßenraumes eingebunden. Im Ergebnis konnte das Image des Viertels deutlich verbessert werden, die Passantenfrequenzen haben sich deutlich erhöht. Es wurden weitere private Investitionen angestoßen, u.a. Gebäudesanierungen und die Schaffung von Freischankflächen zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität. Insgesamt konnte durch das Modellprojekt der Zusammenhalt der lokalen Akteure gefestigt werden und es wurde der entscheidende Grundstein für eine von allen Anliegern getragene Attraktivitätssteigerung des Quartiers „Sand“ gelegt.



Einen anderen Blick auf das Thema Kooperation eröffnete im folgenden Vortrag **Jens Imorde**, Geschäftsführer des Netzwerkes Innenstadt in Nordrhein-Westfalen. Dieses Netzwerk wurde im Februar 2008 als Zusammenschluss von 22 Städten gegründet und verfolgt das Ziel, eine Plattform für fachlichen Austausch und Qualifizierung für spezifische Herausforderungen der Innenstadtentwicklung zu bieten. Das Netzwerk umfasst mittlerweile 44 Städte und steht jeder nordrhein-westfälischen Kommune offen. Alle Kommunen erhalten auf Wunsch ein Basisangebot und eine Grundberatung. Gegen einen Mitgliedsbeitrag von 2.000 bis 3.000 € (gestaffelt nach Einwohnerzahl) stehen den Kommunen weitere Mehrwertangebote und Zusatzleistungen zur Verfügung.

Imorde erläuterte u.a. die folgenden Grundsätze des Netzwerkes:

- Qualitätsorientierte Qualifizierung der Arbeit und des Austausches „aus der Praxis für die Praxis“;
- Abbildung der Vielfalt innerstädtischer Aufgaben und Öffnung für den Blick von außen;
- Betreuung und Steuerung durch eine dienstleistungsorientierte Geschäftsstelle in der Funktion eines Dienstleisters des Städtenetzwerks;
- Flexible Anpassung des Leistungsspektrums nach Bedarf der Mitgliedskommunen.

Die Stadt Bocholt hat als federführende Gemeinde die Abwicklung der Landesfördermittel für das Netzwerk Innenstadt übernommen. Die Geschäftsstelle wird durch eine Lenkungsgruppe (ca. 15 Vertreter der Mitgliedskommunen) sowie einen wissenschaftlichen Fachbeirat unterstützt.

In der anschließenden **offenen Diskussionsrunde** ging es zunächst um die Frage, welche Voraussetzungen für privates Engagement bei der Zentrenstärkung zwingend notwendig sind. Es wurde betont, dass es einerseits um Transparenz und Klarheit der Ziele geht, andererseits aber auch Überzeugungsarbeit geleistet werden muss, die am ehesten Erfolg hat, wenn sie an bereits vorhandene Netzwerke aus bürgerschaftlichem Engagement anknüpfen kann. Die in diesem Zusammenhang bestehenden Möglichkeiten des Verfügungsfonds wurden als „hilfreiches und wichtiges Instrument, jedoch keinesfalls als Allheilmittel“ bezeichnet.

Das im Plenum angesprochene „Trittbrettfahrer“-Phänomen im Zusammenhang mit BID wurde von den Referenten nicht als unüberbrückbare Hemmschwelle für privates Engagement gesehen. Vielmehr könne eine zu pointierte Debatte über dieses Phänomen zu Blockaden auf allen Seiten führen. Auch Zwangsmaßnahmen führen nach Ansicht der Podiumsteilnehmer nur begrenzt zu einer Lösung – vielmehr solle so weit wie möglich versucht werden, mit denjenigen Akteuren „etwas



Funktionierendes auf die Beine zu stellen, die freiwillig mitmachen“. Dadurch könnten dann andere, zuvor vielleicht noch zurückhaltende Akteure zur Mitarbeit überzeugt werden. Es sei besser, mit wenigen motivierten Akteuren ein Ziel zu verfolgen, als mit einer größeren Zahl von Mitwirkenden, die nur zum Teil von der Sache überzeugt seien. Das Problem bleibe allerdings alleine dadurch virulent, dass es in den Innenstädten immer mehr Filialen großer Handelsketten gebe, deren Mitarbeiter seitens ihrer Geschäftsführung nicht autorisiert sind, sich aktiv oder gar finanziell an öffentlich-privaten Kooperationsnetzwerken zu beteiligen.

Bezüglich der Frage eines möglichen Nebeneinanders von freiwilligen und verpflichtenden Maßnahmen wurde betont, dass sich ein Verfügungsfonds und ein BID durchaus sinnvoll ergänzen lassen. Allerdings sei eine Vernetzung und Koordination der unterschiedlichen Strukturen zwingend notwendig.

Abschließend wurde festgehalten, dass für eine tragfähige Zentrenentwicklung die Bildung von möglichst engmaschigen Netzwerken – sowohl auf lokaler Ebene als auch durch Qualifizierung und Unterstützung z.B. auf Ebene der Länder – unerlässlich sei.

Zum Abschluss des ersten Veranstaltungstages zog Prof. Dr. **Uwe Altrock**, der mit seinem Lehrstuhl für Stadterneuerung und Stadtumbau an der Universität Kassel auch in der Bundestransferstelle „Aktive Zentren“ mitwirkt, ein Zwischenfazit der Veranstaltung. Unumstritten sei, dass es sich bei der Innenentwicklung um das derzeit handlungsleitende Ziel der Stadtentwicklung handle. Die im Rahmen der Veranstaltung dargestellten Herangehensweisen und auch die Vorläuferprogramme auf Landesebene verdeutlichten die enorme Bedeutung dieses Stadtentwicklungszieles. Im Resümee der bisherigen Tagungsbeiträge und unter Systematisierung der dargestellten Kooperationsformen betonte Altrock, dass für eine noch größere Breitenwirkung der durch die Städtebauförderung angestoßenen Maßnahmen eine Kooperation zwischen privaten Akteuren und der öffentlichen Hand unabdingbar sei. Dabei hänge privates Engagement zunächst nicht von Quantität der Finanzierung ab. Vielmehr könne die Einbeziehung der Privaten dann gelingen, wenn ihnen der Mehrwert ihres Engagements deutlich gemacht werde. Es gehe letztlich um Transparenz der Maßnahmen und um die Schaffung einer gegenseitigen Vertrauensbasis, so Professor Altrock zusammenfassend.



Am zweiten Tag der Transferwerkstatt stand zunächst das Quartier Friedrich-Ebert-Straße in Kassel im Mittelpunkt. **Carsten Schäfer** von der Dortmunder Planungsgruppe Stadtbüro, der von der Stadt Kassel mit der Begleitung des Projektgebietes beauftragt ist, informierte über das integrierte Handlungskonzept für die Friedrich-Ebert-Straße im Kasseler Stadtteil ‚Vorderer Westen‘. Er charakterisierte das Quartier als attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort mit einer engagierten und kreativen Bürgerschaft, die aus dem studentischen Milieu hervorgegangen sei. Durch zunehmende Leerstände und Funktionsverluste im öffentlichen Raum sei diese grundsätzliche Attraktivität des Viertels jedoch in jüngster Zeit gefährdet. Aus diesem Grund wurde das Gebiet in das hessische Förderprogramm „Aktive Kernbereiche“ aufgenommen. Etwa seit August 2009 laufen Bestandsaufnahme- und Beteiligungsmaßnahmen im Gebiet, mit dem Ziel zum März 2010 ein integriertes Handlungskonzept vorzulegen. Er erläuterte weiterhin, dass bei der Erarbeitung dieses Konzeptes eine Fülle von Akteuren beteiligt werden, wobei auch Wert darauf gelegt wird, die bestehenden Anwohnerinitiativen und Interessengemeinschaften adäquat zu berücksichtigen. Er stellte den systematischen Kommunikationsansatz mit den tragenden Elementen Akteursgespräche, Perspektivenwerkstatt, Werkstattgespräche auf kleinräumiger Ebene sowie abschließende Ergebniswerkstatt vor.

Anschließend konnten sich die Teilnehmer der Transferwerkstatt bei einem ca. 90-minütigen Rundgang selbst einen Eindruck vom Quartier Friedrich-Ebert-Straße bilden. Der Rundgang wurde geleitet von **Carlo Frohnapfel**, Amt für Stadtplanung und Bauaufsicht der Stadt Kassel, und von **Wolfgang Rudolph**, Ortsvorsteher und Vorstand im Verein ‚Kassel West e.V.‘. Dabei erläuterten Herr Frohnapfel und Herr Rudolph den Teilnehmern die derzeitige Situation und berichteten über die geplanten Maßnahmen im Rahmen der Förderung durch das Programm ‚Aktive Kernbereiche‘.



So ging es bspw. um den Leerstand gewerblicher Flächen direkt an der Friedrich-Ebert-Straße, wo sich derzeit eine Art Selbsthilfe der Eigentümer untereinander zu etablieren beginnt. Weiterhin ging es um die Grünvernetzung im Bereich zweier Schulstandorte am Schnittpunkt zwischen den unterschiedlichen Bebauungsstrukturen des Quartiers – dabei spielte auch die Parkplatzsituation eine wichtige Rolle. An weiteren Stationen konnten die Areale für geplante Neubau- bzw. Umbauvorhaben in Augenschein genommen werden, die einen Beitrag zur Aufwertung stadtbildprägender Quartiersbereiche leisten sollen. Einen wichtigen Schwerpunkt der Fördermaßnahme bildet die Umgestaltung des Straßenraumes der Friedrich-Ebert- und der Goethestraße, um die Wege unterschiedlicher Verkehrsträger (Fußgänger, Radfahrer, PKW, Straßenbahn) neu zu ordnen. Die lokalen Experten berichteten, dass sich seit den Diskussionen um den Umbau die Nachfrage nach Wohn- und Gewerbeimmobilien deutlich erhöht habe.

Nach dem Rundgang wurde das Spektrum des Themas ‚Kooperation in Stadt- und Ortsteilzentren‘ nochmals über das Kasseler Beispiel hinaus erweitert. In einer offenen Diskussionsrunde mit den Teilnehmern stellten Akteure aus drei verschiedenen Programmkommunen und mit ganz unterschiedlichen Blickwinkeln auf das Thema der Zentrenentwicklung ihre Sichtweise zur privat-öffentlichen Kooperation dar. Mit **Wolfgang Rudolph** diskutierten **Volker Wrede**, Vorstand der Interessengemeinschaft „interesSAND...“ aus Bamberg, zugleich Inhaber mehrerer gastronomischer und kultureller Einrichtungen im Quartier Bamberg-Sand sowie **Gabrielle Vester**, Inhaberin des Romantik-Hotels Theophano in der Stadt Quedlinburg und zugleich Organisatorin der jährlichen Weihnachtsaktion „Advent in den Höfen“ und **Andrea Weyhe**, Architektin, Inhaberin eines Ateliers und eines Einzelhandelsgeschäftes in der Quedlinburger Altstadt.



Alle Podiumsteilnehmer berichteten von ihren eigenen Erfahrungen bei der Bildung von tragfähigen Netzwerken aus unterschiedlichen Akteuren der Zentrenentwicklung und betonten, dass dabei vor allem viel Überzeugungsarbeit und „Klinkenputzen“ notwendig seien. Dieser Aufwand zahle sich jedoch letztlich aus, wenn im Ergebnis eine funktionierende Quartierskultur erreicht werden könne. Erschwerend seien in vielen Zentrenbereichen verschiedene Nutzungskonflikte (z.B. zwischen

Handwerk, Einzelhandel, Gastronomie, Wohnen, Verkehr), die jeweils ganz spezifische Interessenlagen der einzelnen Akteure begründen und die oftmals nur schwer ‚unter einen Hut zu bringen‘ sind. Oftmals sind jedoch auch zunächst skeptische Eigentümer und Quartiersakteure zur aktiven Mitwirkung bereit, wenn sie die Erfolge erster Maßnahmen sehen. So war es bspw. auch beim ‚Advent in den Höfen‘ in Quedlinburg, der, nach zunächst sehr zurückhaltender Resonanz seitens der Stadtverwaltung und anderer lokaler Akteure, mittlerweile jährlich über 130.000 Besucher anzieht und sich somit zu einer überregional sehr bedeutsamen Veranstaltung und zu

einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt hat. Durch einen solchen Erfolg entstehen allerdings, wie Frau Vester und Frau Weyhe anschaulich berichteten, neue Probleme: Die Logistik (Parkplätze, Besucherströme, Übernachtungen) einer solchen Großveranstaltung stellt private Akteure vor eine große Herausforderung und lässt sich ohne Kooperation mit öffentlichen Stellen nicht bewältigen.

Ein wichtiges Thema sahen alle Diskutanten und auch die Teilnehmer im Publikum in der Vernetzung und Koordination der unterschiedlichen vorhandenen privaten Initiativen und Interessengemeinschaften. Herr Wrede schilderte, wie durch die Anstoßwirkung des bayerischen Modellprojektes ‚Leben findet InnenStadt‘ eine solche Vernetzung entstand und zur Gründung der Interessengemeinschaft ‚interesSAND...‘ führte. Herr Rudolph berichtete von ähnlichen Effekten, die derzeit im Kasseler Quartier durch den Beginn des Förderprogramms ‚Aktive Kernbereiche‘ zu beobachten seien. Und in Quedlinburg ist es die Internationale Bauausstellung IBA Stadtumbau 2010, die dazu geführt hat, dass sich die – zuvor in einer Art ‚Parallelwelt‘ existierenden – über 100 kleinen Initiativen nunmehr gut vernetzt haben. Wenn eine gute Vernetzung erreicht sei, so die Podiumsteilnehmer, nehme erfahrungsgemäß auch die Kritik der Bürger ab, weil jeder dann – zumindest potenziell – eine Möglichkeit habe, die Aktivitäten mit zu beeinflussen.

Abschließend wurde betont, dass durch die Maßnahmen des Programms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ die Voraussetzungen für eine tragfähige Kooperation zwischen den unterschiedlichen Akteuren der Zentrenentwicklung, vor allem aber zwischen öffentlichen und privaten Akteuren, gestärkt werden können. Dieses Potenzial gelte es künftig in den Fördergebieten zu nutzen, um die Stadt- und Ortsteilzentren als aktive Kerne des städtischen Lebens zu erhalten und weiter zu entwickeln.



Nach dieser letzten Diskussionsrunde zog **Holger Pietschmann** von der Bundestransferstelle ‚Aktive Zentren‘ ein abschließendes Fazit der Veranstaltung. Er betonte, das Programm ‚Aktive Stadt- und Ortsteilzentren‘ sei noch ein sehr junges Programm, bei dem alle Beteiligten auf gegenseitige Lernerfahrungen angewiesen seien, um die Prozesse zu optimieren. Dementsprechend stellten die im Rahmen der Transferwerkstatt dargestellten unterschiedlichen Kooperationsformen auch nur eine Momentaufnahme dar.

Die Veranstaltung habe aber gezeigt, dass gerade in dieser Vielfalt von Kooperation ein großes Potenzial für die Umsetzung des Programms liege. Pietschmann resümierte, Kooperation sei meist kein Selbstläufer, weil alle Beteiligten dauerhaft sehr großes Engagement einbringen müssten. Die im Ergebnis erzielten Erfolge der unterschiedlichen Kooperationsformen, die im Rahmen der Transferwerkstatt vorgestellt wurden, rechtfertigten jedoch dieses große Engagement.

Zum Schluss dankte **Dr. Jochen Lang** vom BMVBS allen Beteiligten für die Vorbereitung und Mitwirkung bei der gelungenen Veranstaltung und sprach die Erwartung aus, dass sich das Zentrenprogramm als fester Bestandteil der Programmfamilie der Städtebauförderung etablieren werde.